

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften

Er erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Fernsprecher M 8538. Anzeigenpreis für die viergespaltene Zeitschrift: 20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.
Durch die Post bezogen Vierteljahr 1.50 Mk. Redaktionsschluss Montag Mittag vor Erscheinen d. Blattes.

No 21. C 81 n, den 19. Oktober 1918. VI. Jahrgang.

In erster Stunde.

Die zuletzt verfloffenen 14 Tage dürften wohl die ernstesten gewesen sein, die Deutschland seit seines Bestandes erlebt hat. Wohl haben wir in den vier Kriegsjahren kritische Stunden und Wochen erlebt, die aber mit den jetzigen nicht zu vergleichen sind. Es geht jetzt endgültig um den Weiterbestand unserer Nation, um unsere Kultur und nicht zuletzt auch um unsere sozialen Errungenschaften.

Unser bisheriger Bundesgenosse Bulgarien ist im Widerstand erlahmt und hat ihn aufgegeben. Der Ring ist gesprengt und diese Tatsache wird nicht ohne Einfluss auf die Mittel- und Ostreich-Ungarn bleiben. Im Westen kennt eine Uebermacht, bestiebert von der Industrie der ganzen Welt gegen unsere eiserne Mauer an, vermag sie wohl zu durchdrängen, nicht aber zu brechen. Ungeheuer ist der Materialverlust, die Opfer der Feinde. Es scheint, als wenn sie in verzweifelter Wut mit allen Mitteln nunmehr eine Entscheidung unter allen Umständen erzwingen wollten.

Es wird ihnen nicht gelingen, wenn Deutschland einig bleibt und alle Kräfte nicht zuletzt die moralischen, einigt. Es mögen Fehler und Verschlingungen vorgekommen sein, doch die augenblickliche Stunde ist nicht geeignet, darüber zu rechten. Ueberlassen wir dieses einer geeigneteren Zeit. Jetzt reicht es, alle Muskeln gewandt und dem drohenden Unheil die Spitze bieten. Und nicht vergeblich wird der Widerstand sein. Groß ist die Kriegsunfähigkeit bei uns, aber verheeren wir nicht, doch auch unsere Feinde, durch die Kriegsoffer der vier Jahre inzwischen wurde geworden und dem Frieden geneigter sind, wie je zuvor.

Die nächsten Monate, vielleicht Wochen, bringen die Entscheidung. Diktiert die Entente den Frieden, dann wehe dem deutschen Handel, der deutschen Industrie und damit wehe der deutschen Arbeiterschaft. Wir brauchen Licht und Luft, wir benötigen Freiheit für unsere Arbeit und Produktion, sollen wir nicht ein Bettelvolk von der Gnade der besiegten Nationen lebend, werden.

Diese Reizen sind wahrlich nicht von einem Schwarzseher zu erwarten. Der Ernst der Stunde ist zu groß, die Verantwortung, die heute ein jeder trägt, der Einfluss auf das Volk ist, so ungeheuerlich, daß er es nicht wagen darf, irgend einen Lebensweg zu verfolgen. Deshalb kann in dieser Zeit nicht lediglich dem Ruf der Arbeiterschaft zugerufen werden: wagt doch, die Zähne zusammenzubissen. Ruhe, Besonnenheit und anstrengende, treue Pflichterfüllung ist das erste Gebot der Stunde.

Innerpolitisch haben wir eine große Umwälzung erfahren. Das alte System der Regierung ist gebrochen. Eine

Reihe Parlamentarier sind in die Regierung eingetreten und haben die Führung des Staatsgeschäftes übernommen. Auch Arbeiterführer sind als Staatssekretäre oder Unterstaatssekretäre in die Regierung eingetreten.

Der erste Schritt der neuen Regierung war ein neues Friedensangebot. In der Reichstags Sitzung am 5. Oktober erklärte dazu der Reichskanzler Prinz Max von Baden:

„Was ich will, ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit, und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre. Im Hinblick auf die nationalen und den internationalen Pflichten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschiede. Das Entscheidende liegt für mich ausschließlich darin, daß diese Gebote von allen Veteilhabern mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und geachtet werden, wie das von mir und den anderen Mitgliedern unserer neuen Regierung gilt.“

So sehe ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein gutes Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu dir, die deutschen, weichen, jeder Umgebung fähigen Volk und seiner ruhmvollen Wehrmacht begründet, dem Ergebnis der eifrigen Handlung entgegen, die ich als gewählter Staatsmann des Reiches unternommen habe. Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge:

Ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einig finden wird — sowohl zu einem rechtlichen Frieden, der jede eigenmächtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert werden sollte.

Kein Bagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Ueberzeugung, um gar nichts weiter als um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde.

Ich hoffe aber, um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unter Angebot so einnimmt, wie wir es meinen. Dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechts und der Versöhnung sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet.“

Wer von der deutschen Arbeiterschaft kann nicht diesen Worten seine volle Zustimmung geben?

Mitglieder- und Kassenverhältnisse.

Die christlichen Gewerkschaften haben während des Jahres 1917, wie ein Vergleich lehrt, eine verhältnismäßig so starke Mitgliederzunahme zu verzeichnen, wie keine der übrigen großen deutschen Gewerkschaftsrichtungen. Im vorigen Jahresbericht konnten wir darauf hinweisen, daß sich gegen Ende des Jahres 1916 ein Aufschwung in der Entwicklung bemerkbar mache. Der Tiefpunkt in der Entwicklung sei allenthalben überschritten. Letzteres trifft mit ganz geringen Einschränkungen, auf die gleich noch hinzuweisen sein wird, zu. Im übrigen hat der starke Aufschwung der Mitgliederbewegung auch während des laufenden Jahres angedauert. Die Bewegung ist an Mitgliederzahl und Finanzkraft, als Ganzes betrachtet, heute stärker als sie jemals gewesen ist.

Im einzelnen ist folgendes zu bemerken: Berechnet an den Durchschnittsziffern, hatte sich von 1915 auf 1916 ein Mitgliederverlust von etwas mehr als 1 Proz. ergeben. Vergleicht man dagegen die Durchschnittsziffern der Jahre 1916 und 1917, so ergibt sich ein Gewinn an Mitgliedern von 69 585 (248 565 gegen 174 900), was einem Prozentan von rund 40 entspricht. Noch günstiger wird das Bild, wenn ansatz der Durchschnittsziffern die Ziffern am Jahreschlusse verglichen werden. Abdam ergibt sich ein Ansteigen der Gesamtmitgliederzahl von 178 007 zu Ende 1916 auf 298 187 am Schlusse des Jahres 1917, was einem Gewinn von 114 280, gleich 64 Proz. gleichkommt. Dabei ist noch hervorzuheben, daß in die Schluszziffer des Jahres 1917 zwei dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände nicht einbezogen sind, nämlich der neugegründete und in außer Entwicklung begriffene Sachsisch Eisenbahnerverband und der am 1. Juli 1918 dem Gesamtverband beigetretene Verband der Köche. Bei allen Zahlenangaben sind die zum Vereinsthruerufenen Mitglieder der verschiedenen Verbände nicht berücksichtigt. Die Angaben beziehen sich somit nur auf die wirklich zahlenden Mitglieder. Da sich die Zahl der Einberufenen im großen und ganzen nur gleicher Höhe wie im Vorjahre er-

halten dürfte, darf die oben angegebene Gesamtzahl der Mitglieder der mindestens noch um 100 000 im Felde stehende Mitglieder erhöht werden. Wir erhalten dann eine Gesamtzahl von rund 400 000 christlichen Gewerkschaftlern, eine Ziffer, die den höchsten Stand vor dem Kriege wesentlich übersteigt. Mit dem Zuwachs, der während des Jahres 118 gewonnen wurde, würde die Ziffer von einer halben Million inzwischen schon längst erreicht sein.

Wicht eigenartig an der Entwicklung des Berichtsjahres ist, daß Verluste von Mitgliedern alles in allem kaum noch zu verzeichnen sind. Ganz geringe Rückgänge weisen nur der Bayerische Postverband (108 Mitglieder), der Güterberg-Bund (93) und der Verband der Gasthausangestellten (29) auf. Der gesamte Rückgang dieser drei Verbände stellt sich somit auf nur 224, ist also durch und belanglos. Auf der anderen Seite stehen nur Gewinne und zwar zum Teil solche von imponierender Größe. Da treten die Bergarbeiter mit rund 29 000, die Metallarbeiter gar mit über 42 000, die Deutschen Eisenbahner mit über 10 000 neu gewonnenen Mitgliedern auf. Verhältnismäßig starke Zunahmen zeigen außerdem die Verbände der Fabrik-, Verlebs- und Hilfsarbeiter (5200), die Textilarbeiter (4300), die Keramik- und Steinarbeiter (3400), die Militärhandwerker und -arbeiter (3000), die Telegraphenarbeiter (200), die Holzarbeiter (2700), die Württembergischen Eisenbahner (2100), die Bauarbeiter (2000), die Landarbeiter (1000), die Gemeinbedarbeiter und Straßenbahner (1000), die Schneider (1000), die Deimarbeiterinnen (1000) usw. — Während des Jahres 1918 dürfte der Fortschritt der Bewegung sich etwa auf der gleichen Linie vorwärts bewegt haben, nur daß der den Verbänden der Rüstungsindustrie zugefallene Gewinn sich noch schärfer wie im Vorjahr aufdrängt. Ersticklich ist, daß auch die handwerksmäßigen Berufe sich wieder zu fetteren heben. Dies zeigt sich namentlich bei den Holzarbeitern, Düngern aber auch bei den Amarbeitern, den Schneidern usw.

Die gewerkschaftliche Agitation ist während des Berichtsjahres ebenfalls in stärkerem, wenn auch noch nicht in befriedigendem Maße an die weiblichen Arbeiter herangekommen. Schon im

Organisationen	Ord. Nummer	Mitgliederverhältnisse			Kassenverhältnisse					Ver- mögen- bestand a. 31. Dez. 1917	Davon in den Kassen	
		Zahl der Ein- berufenen am 31. Dez. 1917	Mitgliederzahl im Jahres- durchschnitt		Einnahmen			Gesamt- Einnahme	Gesamt- ausgabe			
			1916	1917	Beiträge	Beiträge außer Zinsen	Sonstige Einnahmen					
Bergarbeiter	1	925	32 507	50 554	63 761	1 241 709	15 026	127 801	1 334 625	943 322	3 550 873	3 516 388
Metallarbeiter	2	145	17 695	46 240	62 604	1 264 300	24 404	113 078	1 402 442	796 454	2 850 848	2 237 645
Deutsche Eisenbahner	3	441	22 713	27 163	32 822	110 168	—	20 102	130 285	129 738	62 794	62 794
Bayerische Eisenbahner	4	88	22 854	22 885	22 981	117 610	—	194	130 604	130 808	240 486	303 088
Textilarbeiter	5	243	15 614	16 407	18 820	185 680	2 637	15 391	206 704	117 234	424 119	378 198
Deimarbeiterinnen	6	99	15 087	16 676	17 100	81 747	2 025	6 268	90 040	64 482	138 720	115 023
Bayerischer Post- und Telegraphenarbeiter	7	45	11 048	10 913	10 764	70 813	169	21 582	96 260	96 200	208 045	190 002
Bauarbeiter	8	176	3 779	6 534	9 139	139 737	3 720	3 081	146 598	129 355	75 933	64 805
Württembergische Eisenbahner	9	713	7 851	8 000	9 113	252 846	2 570	6 488	17 022	14 593	21 078	21 078
Holzarbeiter	10	112	3 995	4 921	6 112	10 438	101	6 488	17 022	14 593	21 078	21 078
Keramik- und Steinarbeiter	11	200	3 652	4 949	6 015	157 510	1 665	42 479	201 654	164 589	707 661	612 435
Militärhandwerker und -arbeiter	12	156	1 566	3 345	4 877	63 313	1 839	4 568	69 701	57 365	56 896	52 580
Forst-, Land- u. Weinbergsgarben.	13	57	1 868	4 867	4 867	30 495	1 031	1 407	32 063	24 602	20 277	15 227
Telegraphenarbeiter	14	237	2 411	4 107	4 836	61 354	640	12 856	74 850	60 847	17 584	10 831
Tabakarbeiter	15	49	580	1 684	3 837	20 873	511	—	21 384	12 118	9 267	9 267
Gemeinbedarbeiter, Straßenbahn.	16	171	2 738	3 374	3 177	45 705	572	3 438	49 715	49 419	18 570	9 115
Schneider	17	67	1 891	2 418	2 889	47 016	808	3 485	51 312	52 635	49 104	49 104
Güterberg-Bund	18	63	1 293	1 846	2 229	26 438	491	14 216	41 145	41 511	26 918	10 642
Fördermaschinen-Verband	19	108	1 454	1 318	1 259	112 610	—	31 469	144 885	120 725	622 766	622 766
Verkehrsarbeiter	20	21	—	1 071	1 067	9 553	170	819	10 532	7 576	24 079	24 079
Deutscher Angestellten-Verband	21	51	918	746	974	10 675	214	4 815	21 704	22 807	30 874	27 534
Nahe- u. Genussmittelindustrie- arbeiter	22	6	—	576	879	4 269	158	—	4 427	2 228	3 359	2 199
Graphischer Zentralverband	23	17	695	637	507	11 075	145	375	11 595	11 743	7 737	3 808
Kaufmännischer Zentralverband	24	27	568	573	635	12 265	86	2 141	14 492	17 026	27 576	23 040
Stenographischer Zentralverband	25	29	550	589	580	10 067	548	2 767	13 317	11 150	2 967	2 967
Gasthausangestellte	26	38	565	576	572	14 116	110	4 119	18 345	17 908	11 479	5 119
Maler	27	37	361	375	397	9 804	139	982	10 985	13 195	15 364	13 195
Gesamt	1254	174 000	248 565	321 187	1 131 037	60 099	529 069	4 720 262	3 611 375	3 902 530	3 361 138	

Das Jahr war im Jahresdurchschnitt, bei gleichzeitiger Zunahme der männlichen Mitgliederzahl, eine Zunahme an weiblichen Mitgliedern von rund 45000 zu verzeichnen gewesen. Im Berichtsjahre dagegen beträgt, gemessen an den Durchschnittszahlen der Jahre 1916 und 1917, der Gewinn an weiblichen Mitgliedern 13652. Die Verteilung dieses Gewinnes auf die einzelnen Verbände ist sehr charakteristisch. Es kommen nämlich neben der starken Zunahme reiner Arbeiterverbände, wie der Metall-, Textil-, Fabrik-, Fabrikarbeiter usw., sowie neben dem Gewerkschaften u. dem Schneidergewerbe, vor allem die Verbände von Eisenarbeitern in Betracht; die Militärhandwerker und Arbeiter, die Deutschen Eisenbahner und die Telegraphenarbeiter; weiter alsdann die Gemeindefreier und Straßenbahner. Daraus lassen sich wertvolle Rückschlüsse auf die Konjunkturmöglichkeit ziehen. In das natürliche und gewerbliche Verkehrsgewerbe ist der Frau als Arbeiterin anscheinend mehr oder weniger gleichberechtigt eingezogen, während sie in der Industrie noch das Wissen der männlichen Arbeiter wegen ihrer Konkurrenz zu empfinden scheint. Das bleibt natürlich auf die Agitation unter den Arbeiterinnen nicht ohne Einfluß.

Die günstige Entwicklung in den Mitgliederziffern pflanzt sich naturgemäß auch auf die Massenverhältnisse fort. Am vorletzten Jahre war in den Einnahmen ein Rückgang von rund 80 000 Mark zu verzeichnen gewesen. Im Berichtsjahre dagegen wiesen die Einnahmen eine starke Steigerung auf, indem die Gesamtsumme von 3 231 132 Mk. im Jahre 1916 auf 4 720 202 Mk. im Berichtsjahre, d. h. also um annähernd 1 1/2 Mill. Mark stieg. Allerdings stiegen auch die Ausgaben, nämlich von 2 001 243 Mk. auf 3 011 375 Mk. Das ist eine Zunahme von rund 700 000 Mk. Diese Entwicklung ist dem auch dem Vermögensbestand zugunsten gekommen. Derselbe erhöhte sich von 4 850 536 Mk. auf 6 002 539 Mk., d. h. um 1 150 000 Mk.

Wie ein Vergleich der Tabelle in diesem Bericht mit der entsprechenden Tabelle des vorigen Jahres ergibt, sind in dem Umsatzkreis der Einnahmen und Ausgaben einige Veränderungen eingetreten. Diese Veränderungen entspringen jedoch lediglich dem Umfassen, eine größere Heberfähigkeit in den Ausgaben herbeizuführen. Der Mitgliederbeitrag trägt sich ganz naturgemäß am meisten in den Beitragsentnahmen aus. In der Gesamtheit der Beiträge und der Beitragselder kommt die Erhöhung der Gesamtentnahmen um rund 1 1/2 Millionen, von der oben die Rede ist, fast ganz zur Geltung. Bemerkenswert ist, daß im Vorjahre bei leichter Erhöhung der Mitgliederzahl noch ein Rückgang der Beitragseinnahme um rund 150 000 Mk. zu verzeichnen gewesen war. Die günstige Entwicklung im Berichtsjahre beruht, außer auf dem Aufschwung in der Mitgliederbewegung, auch auf einer Erhöhung der Beiträge, wie sie in den verschiedensten Verbänden durch Durchführung gebracht worden ist. Reicht schon die vor dem Berichtsjahre beschlossenen Verbände-Generalsammlungen in solchen Beitragsentnahmen, ohne weiteres kaum. Zum Teil sind die Abrechnungen darüber herangezogen. Im Jahre 1918 haben sich alsdann außerordentliche Generalsammlungen verschiedener Verbände noch ausdrücklich auf eine weitere Beitragserhöhung festgelegt, um einigermaßen der Geldentwertung Rechnung zu tragen.

Was die Ausgaben angeht, so ergibt sich für das Berichtsjahr eine Erhöhung von alles in allem rund 1 1/2 Millionen Mk. Darauf reagiert sich zunächst die viel stärkere Stoffkraft wider, die der Agitation gegeben werden mußte; ohne diese Agitation kann nämlich mit einer starken Mitgliederbewegung nicht gerechnet werden. Gegenüber dem Mitgliedererwerb ist die Erhöhung in den Ausgaben jedenfalls sehr gering. Um so mehr, als sich außerdem in den Gehältern der freigestellten Beamten die allg. Markentwertung sehr hart geltend machen mußte. Eine ebensolche ohne weiteres erklärliche Erhöhung weist die Ausgaben für das Verbandsorgan auf. Die Auflage wächst selbstverständlich mit der Zunahme der Mitglieder, da den dafür in

Betracht kommenden Kosten geflossen sind, aber jene, die durch die überaus stark erhöhten Drucker- und Papierkosten entstanden sind. Die Ausgaben für Rechtschutz, für Bibliothek- und Bildungszwecke, sowie für sonstige Unternehmungen und die als sonstige Ausgaben aufgeführte Summe weisen keine besonders ins Gewicht fallenden Veränderungen auf. Von der Festigung und Bindung unserer heutigen gewerblichen Verhältnisse zeigt der Kosten-Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, der gegenüber dem Vorjahre eine bemerkenswerte Verminderung (um mehr als 82 000) aufweist. Einwiederum ist die Steigerung der Krankenunterstützung (um 80 000 Mk.) und für Sterbegeldauslagen (um 43 000 Mk.) mit der Zunahme der Mitgliederzahl ohne weiteres erklärlich. Dasselbe trifft auch für die Erhöhung des Beitrages an den Gesamtverband (um 61 000 Mk.) zu. Die erhöhte Mitgliederzahl der Mitgliedschaft bedingt automatisch erhöhte Beiträge an den Gesamtverband, dessen Aufgaben ja auch mit der Größe der Bewegung in natürlicher Weise anwachsen. Ein Gesamtüberblick über die Ausgaben erinnert in manchen Beziehungen an das Bild, wie es zu Zeiten gewerblicher Hochkonjunktur sich ergibt, mit dem sehr wesentlichen Unterschiede allerdings, daß die in industriellen Blütezeiten erwachsenden großen Anforderungen an die Streit- und Gewahrsamsgelassen- und Reiseunterstützung jetzt in Wegfall gekommen sind.

Die bereits erwähnte Erhöhung der Beiträge zeigt im übrigen von der Vorfrage, mit der die christlichen Gewerkschaften ihr Finanzwesen behandeln. Auf dem damit eingeschlagenen Wege ist die Gewähr gegeben, daß den erhöhten Anforderungen, welche die Uebergangszeit stellen wird, eher entsprochen werden kann. Dabei ist bemerkenswert, daß in den Ankerungen auch der älteren Gewerkschaftler sich ein gesunder Kampfgeist bemerkbar macht, der nicht will, daß das Unterstützungswesen die Mittel der Gewerkschaften allzu sehr belastet. Dieser Geist tut in Zeiten wie den jetzigen natürlich not.

Preiswunder.

Zur Begründung der Vorlage: Erhöhung der Teuerungszulagen für die nächsten Beamten, Arbeiter usw., usw. die ja inzwischen erfolgt ist, hat der Magistrat der Stadt München eine Untersuchung über die Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel vorgenommen und stellte folgendes fest:

Das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, ist in München von Mitte 1914 bis Mitte 1918 von 17 auf 24 Pfg. per Pfund gestiegen, also eine Mehrung von 41 Prozent. Mehl von 21 auf 52 Pfg. (um 148 Proz. teurer), jetzt kostet Mehl übrigens schon 55 Pfg., Getreide von 20 auf 32 Pfg. (um 23 Proz.), Gerste von 20 auf 36 Pfg. (um 80 Proz.), Sago von 30 auf 120 Pfg. (um 300 Proz.), Milch von 21 auf 34 Pfg. (Steigerung 62 Proz.), Butter von 1,35 auf 2,50 Mk. (84 Proz.), Schmalz von 1,20 auf 2,70 Mk. (125 Proz.), Margarine von 80 Pfg. auf 2,10 Mk. (163 Proz.), Linsen von 20 auf 60 Pfg. (300 Proz.), Limburger Käse von 1,20 auf 4,00 Mk. 283 Proz.), Eier, Stück von 7 auf 21 Pfg. (200 Proz.), Ochsenfleisch von 88 Pfg. auf 2,24 Mk. (156 Proz.), Rindfleisch von 81 Pfg. auf 2,24 Mk. (176 Proz.), Kalbfleisch von 82 Pfg. auf 1,74 Mk. (112 Proz.), Schweinefleisch von 82 Pfg. auf 1,94 Mk. (137 Proz.), Schaffleisch von 90 Pfg. auf 2,60 Mk. 190 Proz., Würstchen von 1,10 auf 2,50 Mk. (127 Proz.), Rinderfett von 65 Pfg. auf 2,32 Mk. (257 Proz.). Schellfische haben eine Verteuerung von 30 Pfg. auf 1,50 Mk. per Pfund oder um 400 Proz. erfahren. Kabbau von 23 Pfg. auf 1,50 Mk. oder 552 Proz., Seelachs von 18 Pfg. auf 1,50 Mk. oder 753 Proz., Deringe, von denen früher ein Stück 10 Pfg. kostete, müssen mit 50 Pfg. bezahlt werden, ein Aufwärtsschnecken um 100 Proz., Cefardinen sind von 60 Pfg. auf 1,60 Mk. per Dose, also um 167 Proz. gestiegen.

Rapid ist auch die Aufwärtsbewegung der Gemüsepreise. Bohnen, früher 24 Pfg., jetzt 90 Pfg. per Pfund, 275 Proz. mehr,

Spinat, früher 21 Pfg., jetzt 55 Pfg. per Pfund, 100 Proz. mehr, Gelbrüben, früher 12 Pfg., jetzt 48 Pfg. das Pfund, 300 Proz. mehr, Achtsabi, früher das Stück 5 Pfg., kostet jetzt 25 Pfg. (400 Proz.), Wirsing, das Stück 12 Pfg., kostet jetzt 100 Pfg. (733 Proz.), Rettig, das Stück 10 Pfg., kostet jetzt 40 Pfg. (300 Proz.), Kartoffeln, das Pfund 6 Pfg., kostet jetzt 12 Pfg. (100 Proz.), Frühkartoffeln kosten jetzt sogar 15 Pfg., Sauerkraut 12 Pfg., jetzt 22 Pfg., Steigerung 83 Proz. Nicht hübsche Preis- sprünge hat auch das Obiz hinter sich. Kirichen stiegen von 29 Pfg. auf 1 Mk. oder um 257 Proz., Zwetschgen von 26 Pfg. auf 84 Pfg., das ist 146 Proz., Johannisbeeren von 20 Pfg. auf 1 Mk., 285 Proz.

Bei den Spezerewaren ein ähnliches Bild! Zucker kostete 24 Pfg., jetzt 44 Pfg., mehr um 83 Proz., Kaffee Erloy 30 Pfg., jetzt 84 Pfg., mehr um 180 Proz., Honig stieg um 250 Proz., von 1 Mk. auf 3,50 Mk., Kunsthonig um 36 Proz., von 55 Pfg. auf 75 Pfg., Gese ist um 567 Proz. teurer geworden, Suppenwürfel um 200 Proz., ganz abgesehen von der Güte, Zwiebeln stiegen von 12 auf 45 Pfg. per Pfund, also um 275 Proz., Grünzeug zur Suppe von 1 auf 5 Pfg., also um 400 Proz. Bei Wein wird eine Steigerung um 400 Proz. festgestellt, bei Limonade um 10 Proz. Bier ist zwar nicht teurer geworden, aber von 10 Prozent auf 2 Prozent Würzgehalt gesunken. Ganz trüb ist die Preissteigerung bei Manufakturwaren, welche bei Zigaretten von 7 Pfg. auf 60 Pfg. (wohlgemerkt Mitte 1918, jetzt gibt es ja kaum mehr nur 60 Pfg. eine Zigarette), also um 750 Proz., bei Zigaretten mit 300 Proz. angegeben ist. Insgesamt wird die Lebenshaltung in München um 160 Prozent im Durchschnitt verteuert konstatiert.

In einer anderen Aufstellung wurde weiter gezeigt, wie sich die Lebenshaltung eines mittleren Beamten in München mit zwei Kindern bei 3600 Mk. Gehalt und 4950 Mk. Kriegseinkommen im Juli 1918 gehalten. Obwohl nur die Ausgaben für rationierte Waren aufgeführt sind, ergibt sich eine Ausgabe von 5028 Mk., also ein Minus von 72 Mk. Nun fehlen in dieser Tabelle aber die Ausgaben für Wäsche, Mäntel, Schuhe, die wubigen Kosten „Unvorhergesehenes“ und Ergänzung der rationierten Lebensmittel durch Samstern. Die Tabelle hat daher, besonders seitens der Hausfrauen, in der gesamten Münchener Presse eine scharfe Kritik erfahren. Die Teuerung in demnach nicht um 160, sondern mindestens um 200 Proz. gestiegen.

Bei Begründung der Vorlage im Reichsrat führte der Referent u. a. aus:

„Die Vorlage ist eine Folge der geradezu wuchernden Ausbeutung der Bevölkerung, der die Behörden aufsehenerregend machtlos gegenüberstehen. Diejenigen, die über die Höhe der Forderung erkannt sind, wahren die Verantwortung bei denen, durch deren die höchste Not des Vaterlandes als acquirierter Zeitpunkt erscheint, das Volk wucherisch auszubeuten.“

Dabei sind die Preise, die hier für München maßgebend sind, noch als „niedrig“ zu bezeichnen, im Vergleich zu anderen Städten. Eier kosteten in München 21 Pfg., in Köln dagegen 55 Pfg., nicht im Schwichhandel, sondern in den städtischen Verkaufsstellen, Butter in München 2,60 Mk., in Köln 4,60 Mk., Rindfleisch in München 2,24 Mk., in Köln 2,75 Mk. usw.

Verdächtig wird die Teuerung noch durch den Umstand, daß keiner mehr mit den ihm behördlich zugewiesenen Rationen auskommen kann, um sich arbeitsfähig zu erhalten. Er muß kaufen, hamstern, und dabei Preise zahlen, die die amtlichen um das fünf- bis zehnfache übersteigen. Angesichts dieser Tatsachen muß die Frage aufgeworfen werden, wird man endlich in den maßgebenden Stellen die Erkenntnis aufdämmern, daß die Preissteigerung, die uns nun bald glücklicherweise abhandeln werden, nicht nur ein verkehrte war, oder sind wir heute schon auf der letzten Ebene soweit, daß es kein Halten mehr gibt?

Aus unseren Berufen.

Ueber Erhöhung der laufenden und Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage in einer Reihe von Städten und Berufen können wir heute erfreulicherweise berichten. Ueberall, und das müssen wir hervorheben, ist es unser Verdienst gewesen, der sich der betreffenden Kolleginnen und Kollegen besonders angenommen und, wie die nachfolgenden Berichte zeigen, mit ansehnlichem Erfolge.

München. Am 27. September befaßte sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Bewilligung einmaliger Teuerungszulagen an Beamte, Angestellte, Lehrpersonen und Arbeiter. Für Beamte, Lehrpersonen und Angestellte wurden die staatlichen Sägen zugrundegelegt. Für die Arbeiter wurde folgendes bestimmt:

Die vor dem 1. April 1918 eingetretene Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten eine einmalige Kriegsteuerungszulage nach folgenden Sägen:

Jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren 75 Mk.; jugendliche Arbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren 102 Mk.; ledige Arbeiter im Alter von 18 Jahren und darüber 204 Mk.; Verheiratete ohne Kinder 228 Mk.; Verheiratete mit 1 Kind (unter 15 Jahren) 270 Mk.; mit zwei Kindern 294 Mk.; mit 3 Kindern 318 Mk. Für jedes weitere Kind 24 Mk. mehr.

Kinder mit eigenem Verdienst von mehr als 15 Mk. in Geld oder Naturalbezügen bleiben unberücksichtigt.

Arbeiter, die

- a) in der Zeit vom 1. April bis 31. Mai 1918 in den städtischen Dienst eingetreten sind, erhalten drei Viertel;
 - b) in der Zeit vom 1. Juni bis Ende Juli 1918 in den städtischen Dienst eingetreten sind, erhalten die Hälfte;
 - c) im Monat August 1918 in den städtischen Dienst eingetreten sind, erhalten ein Viertel der vorstehenden Sätze.
- Arbeiter, die seit dem 1. September 1918 eingetreten sind, erhalten keine einmalige Teuerungszulage.

Ständige Arbeiter, die zum Seeresdienst eingezogen waren, erhalten auch dann die volle einmalige Kriegsteuerungszulage, wenn sie erst nach dem 1. September 1918 alsbald nach ihrer Entlassung aus dem Seeresdienst in den Dienst der Stadt zurückgetreten sind.

Im übrigen finden bei Berechnung der Zulage die unter A und C festgelegten Abteilungen inanspruchnehmende Anwendung.

Darüber erhalten auch die pensionierten städtischen Beamten und Angestellten, die insaliden Arbeiter, die eine laufende Invalidität beziehen, sowie die Empfänger von Hinterbliebenenbezügen, die bereits eine Kriegsteuerungszulage beziehen, eine einmalige Teuerungszulage. Sie wird wie folgt berechnet:

Sie ist einem Grundbetrage von 150 Mk. mit der volle Betrag des monatlichen Ruhegehaltes, des Ruhegeldes oder der Hinterbliebenenbezüge hinzu, dazu kommt für jedes zum Bezuge der laufenden Kriegsteuerungszulage berechnete Kind eine weitere Zulage von 10 Prozent.

Hlm. Im September richteten wir eine Eingabe an die Stadtverwaltung, in der um eine Lohnerhöhung von 2 Mk. pro Tag um eine einmalige Teuerungszulage gebeten wurde. Nach langem Hin- und Hergehen der württembergische Staat seinen Beamten und Arbeitern einmalige Teuerungszulagen bewilligt. Das hat die Stadt zum Anlaß genommen, um auch ihrerseits diese Zulage einzuführen. In der Sitzung des Gemeinderats am 2. Oktober wurde die Bewilligung einer einmaligen Teuerungszulage an Beamte und Arbeiter beschlossen, und zwar nach den Sägen des württembergischen Staates. Danach erhalten: Die erste Gehaltsklasse 750 Mk. Zulage; für jede weitere Klasse 50 Mk. weniger bis 350 Mk. Zulage; Unterbeamte und händige Gehilfen erhalten 300 Mk.; die unständigen 450 Mk.; die Unverheirateten 75 Prozent dieser Beträge; Personen unter 21 Jahre 50 Prozent. Kinderzulagen werden 10 Prozent bezahlt. Für Arbeiter beträgt die Zulage: Ledige 350 Mk., Verheiratete 500 Mk., für 15

mit 4 Kindern auf 18 M., für Verheiratete mit 5 Kindern 20,25 M., für Verheiratete mit 6 Kindern auf 22,50 M., für Verheiratete mit 7 Kindern auf 24,75 M., für Verheiratete mit 8 Kindern auf 27 M.

Diese Reueinstellung der Wochenzulagen findet auf die beim Lebensmittelmarkt beschäftigten Arbeiter keine Anwendung. Die vorliegende Eingabe der städtischen Arbeiter, betreffend Erhöhung des Lohnes, wird als erledigt angesehen. Die einmaligen Teuerungszulagen für die Beamten, Angestellten und Lehrkräfte sowie für die Arbeiter sind alsbald in einer Summe auszugahlen.

Neuf. Nachdem im Frühjahr dieses Jahres die hiesigen Straßenbahner infolge einer Eingabe des Verbandes die beantragte Lohn-erhöhung von 1 M. täglich, sowie die frühere Vergütung bei Belegung der freien Tage und den Urlaub bewilligt erhalten hatten, schlossen sich auch die Kollegen der Ring- und Hafenbahn fast vollständig dem Verbands an. In mehreren Versammlungen an denen Kollege Dedensbach teilnahm, wurden die Lohn- und Dienstverhältnisse einer eingehenden Besprechung unterzogen. Auf Grund derselben wurde dann am 7. August eine Eingabe an die Stadtwverwaltung gerichtet, in der unter anderem gefordert werden: eine Lohnzulage von 1,50 Mark pro Tag, Regelung der Feuerungs- und Kriegszulage, der Löhne für Heberarbeit, des Dienstes für das Maschinen- und Maniervpersonal, Anstellungsverhältnisse und Errichtung eines Arbeiterausschusses. Nachdem nun Mitte September den Beamten und Angestellten eine einmalige Teuerungszulage bewilligt wurde, haben wir in einer besonderen Eingabe beantragt, auch allen bei der Stadt beschäftigten Handwertern und Arbeitern eine einmalige Teuerungszulage zu gewähren. Ebenso wurden für die bei der Straßenbahn, Güterverwaltung und bei der Kartoffelverföhrung Beschäftigten Eingaben um Lohn-erhöhung und einmalige Teuerungszulagen eingereicht. Günstlich läßt die Erledigung dieser Eingaben nicht lange auf sich warten. Die Not ist bei den Arbeitern wahrlich nicht geringer wie bei den Beamten und Angestellten.

Aus den Ortsgruppen.

Düsseldorf. Eine art bestimmte Versammlung der städtischen Arbeiter und Straßenbahner beschloß sich mit der Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit in den städtischen Betrieben. Eine entsprechende Entscheidung fand einstimmige Annahme.

Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde beschloßen, einen Antrag um Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage an sämtliche städtischen Arbeiter der Stadtwverwaltung zu unterbreiten. Ein Verzicht auf diesen von anderem und dem freien Verbands gemeinhin eingereichten Antrag ging dabei noch nicht ein.

Essen, Straßenbahner. Trotz der vor einiger Zeit den hiesigen Straßenbahnern bewilligten Lohn-erhöhungen reichen die gezahlten Löhne durchaus nicht mehr zur Deckung des allernöthigsten Bedarfes. Dierhalb sahen sich die Straßenbahner gezwungen, durch ihre Verbandsleitung bei der Straßenbahnerverwaltung eine einmalige, außerordentliche Teuerungszulage zu beantragen. Auch wurden in letzter Zeit wieder sehr viele Klagen laut über das allzu scharfe Straßensystem. In dieser Sache soll durch die Verbandsleitung eine Klärung zugunsten des Personals angestrebt werden. Voran wir, daß die Verwaltung diesen Fragen das gewünschte Entgegenkommen zeigt, damit Meinungen zwischen Verwaltung und Personal möglichst vermieden werden können.

Wesel. Endlich haben auch die städtischen Arbeiter in Wesel den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation gefunden. Wenn auch die Zahl der in den städtischen Betrieben Beschäftigten nicht sehr groß ist, mithin hier nicht mit großen Massen von Mitgliedern zu rechnen ist, so ist doch der Geist, der unter den Kollegen herrscht, nachdem sie den Gewerkschaftsgedanken nun erfaßt haben, ein guter zu nennen. Dies berechtigt wohl zu der Hoffnung, daß unsere Bewegung hier am Orte von Weiland sein wird. Anerkannt muß werden, daß die Kollegen recht, wie dies schon meistens der Fall ist, gleich in den ersten Versammlungen mit weitgehenden Anträgen und Forderungen auftraten. Wird doch dadurch bewiesen, daß die Kollegen selbst einsehen, daß erst ein gründlicher Aufbau der Organisation erforderlich ist, bevor man mit weitgehenden Anträgen an die Verwaltung herantreten kann. Der Prozenttag bei dem Verbands beizutretenden Kollegen ist ein zufriedener. Natürlich darf diese Feststellung nun die Kollegen nicht zu der Meinung veranlassen, eine weitere Ausbreitung des Gewerkschaftsgedankens sei überflüssig. Im Gegenteil, der gute Ansatz bei Gewerkschaften so Mitgliedern muß jedem von

seiner ein Ansporn sein, nun nicht zu ruhen, bis auch der letzte städtische Arbeiter Mitglied des Verbandes ist. In ruhiger, kameradschaftlicher Weise müssen auch die uns noch fernstehenden darüber belehrt werden, daß um so eher eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erhoffen ist, je mehr die vollzähligen Vertreter aller Kollegen zur Organisation deren Einfluß gebracht wird. So in Wesel die Löhne der städtischen Arbeiter sehr stark hinter den Löhnen der Industriearbeiter stehen, wie auch hinter denen der Arbeiter anderer Städte zurückstehen, wird es notwendig sein, schon in allernächster Zeit zu versuchen, eine Erhöhung des Einkommens der städtischen Arbeiter herbeizuführen. Entsprechende Vorarbeiten sind schon in die Wege geleitet. Hoffen wir, daß die Stadtwverwaltung und das Stadtwverordnetenkollegium in diesen Tagen das erforderliche formale Verständnis und Entgegenkommen zeigen werden. Pünktlichkeit, Gewissenhaftigkeit, Fleiß und treue Willkürerfüllung von Seiten aller Arbeiter wird auch die Stadtwverwaltung leichter geneigt machen, berechtigten Wünschen ihrer Arbeiter Rechnung zu tragen. Mögen dies alle unsere Kollegen bedenken und daneben auch nicht ihre Pflichten als Gewerkschaftler vernachlässigen. Bestimmt wird dann in absehbarer Zeit der Erfolg sein.

Dortmund, Straßenbahner. In letzter Zeit fanden an hiesigen Straßenbahndepots Versammlungen statt, in denen die Nothwendigkeit einer Verbesserung des Einkommens der bei den Dortmund Straßenbahnen Beschäftigten zum Ausdruck kam. Beschloßen wurde, der Straßenbahnerverwaltung einen Antrag um Lohn-erhöhung für sämtliche Beschäftigten in Höhe von 2 M. pro Tag und Gewährung einer angemessenen einmaligen Teuerungszulage zu unterbreiten. Belohn wurde hierbei, daß selbst nach Gewährung der beantragten Erhöhungen die Löhne der Dortmund Straßenbahner doch noch sehr weit hinter denen anderer Straßenbahner zurückblieben würden. Werden doch vielfach in anderen Städten den Straßenbahnern Löhne gezahlt, die 100 Prozent und mehr höher sind, wie in Dortmund. Also kann die gefestigte Forderung wohl nicht als unbedenklich bezeichnet werden. Immer weit aber diesem Antrage Rechnung getragen wird, hängt zum sehr großen Teil von dem gewerkschaftlichen Geiste ab, der die Kolleginnen und Kollegen bezieht. Die Zahl der dem Verbands beitretenden Mitglieder nimmt ja täglich zu, aber auch der Besuch der Versammlungen muß ein noch besserer werden. Wird doch durch guten Besuch der Versammlungen den gefestigten Anträgen erst der richtige Ausdruck verliehen und unsere Stärke nach außen hin zur Geltung gebracht. Auch müssen einzelne Pünktlichkeit und Ordnungsliebe im Dienste, andererseits Kameradschaftlichkeit, Heberzeugungstrenne, ruhige Ausflärungsarbeit, und damit zugleich die Erkennung der Nothwendigkeit dauernder, ununterbrochener Gewerkschaftsarbeit noch weit mehr gepflegt werden. Diese Untätigkeit muß von allen Kolleginnen und Kollegen nicht nur als unabhängige Gegenwartsarbeit, sondern als Vorbereitung auf die Gewährung unserer Lebenshaltung einwirkende Verunsicherung und Standsarbeit erachtet und gewertet werden. Erst wenn eine größere Anzahl Kolleginnen und Kollegen ihre Anwesenheit in diesem Sinne verstehen und unter Einwirkung ihrer ganzen Kraft und Person an der Ausbreitung unserer Bewegung mitarbeiten, wird diese auch in Dortmund den Einfluß erlangen, durch den in anderen Orten und Betrieben schon sehr große Erfolge für unsere Mitglieder erzielt werden konnten.

Handschau.

Auszeichnung. Mit der Verleihung des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet wurden die Kollegen Joseph Oswald und Edward Fischer von der Ortsgruppe Werned.

Das Verdienstkreuz für Kriegsbilke erhielten die Kollegen Peter Deß, Anton Jenz und Peter Döner von den Ortsgruppen Essen und Herten bezüglicher Glückwünsche.

Verbandsnachrichten.

Neue Ortsgruppen wurden gegründet: in Dortmund (Straßenbahner) und Wesel.

Vom zweiten Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen Essen und Cleve. Geld ohne Abrechnung kauden ein Paffau (W) und Wierburg. Die betreffenden Vorstände werden erucht das Veränderte baldigst nachzusenden.

Der Zentralvorstand.

Redaktion und Verlag: S. Schmidt, Köln, Deutscherwall 9
Druck: Köln-Schreiberei Handelsbrüder, Maxstr. 9